ERMUTIGEN

№ 4

THEMA INTERNET UND MENSCHENVERACHTUNG

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

In dieser Ausgabe unserer Zeitung werden wir uns – neben vielen anderen Informationen über die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung – besonders mit dem Internet beschäftigen. Es hat unsere Kommunikation revolutioniert und Informationen sind nun nahezu uneingeschränkt verfügbar. Im Internet verkürzen sich fast täglich die Wege zwischen verschiedenen virtuellen Welten; Filme, kleine Videos, Audiodateien lassen sich ebenso leicht konsumieren wie herstellen. Das Internet hat in den letzten Jahren die (Be-)Nutzer zu aktiven Nutzern gemacht. Jeder kann etwas Eigenes ins Netz stellen; in Zeitungen und Blogs gibt es Kommentarfunktionen; die sozialen Netzwerke und großen Plattformen, auf die jeder Zugriff hat, verbreiten in Windeseile eine einmal geäußerte Meinung ganz gleich ob in Form eines gerade gemachten Videos, eines Audiomitschnitts oder eines einfachen Zitats.

Jeder ein Sender – großartig oder Gefahr?

Das und einiges mehr nennt man Web 2.0. Es beschränkt sich nicht mehr auf das Konsumieren von Informationen, es bindet uns alle auch in das Herstellen und Verbreiten von Informationen ein. Noch nie in der Geschichte waren so viele Menschen überall auf der Welt so aktiv miteinander verbunden. Doch was bedeutet das für das Thema Demokratie? Ist es großartig? Ist es eine Gefahr? Wie geht man mit menschenverachtenden Inhalten um? Was kann man verbieten? Wie lassen sich Verbote umsetzen? Und wer entscheidet und wacht darüber? Und was ist gefährlicher? Die Zensur oder die Freiheit im Netz?

Über solche Fragen müssen wir uns im Alltag Gedanken machen, denn mit den Internetportalen der Amadeu Antonio Stiftung und ihren Funktionen und Foren sind wir mitten drin in dieser neuen, anstrengenden virtuellen Praxis. Ganz abgesehen von den üblichen Nazi-Drohungen und Beleidigungen gegenüber unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben wir es mit neuen Phänomenen zu tun: offener Rassismus und Antisemitismus sind selbstverständlicher Teil normaler Netzkommunikation geworden. Wenn im realen Leben die Regeln des Umgangs noch eingehalten werden, weil mit einigem Glück die Mitmenschen darauf achten, ist es im virtuellen Leben längst nicht so. Es macht mehr Mühe, einzuschreiten, es hat andere Folgen, denn es bleibt eine Spur im Netz und erregt so mehr Aufmerksamkeit, als wenn jemand nur einfach so einem anderen zuruft, er solle doch seine rassistischen Sprüche lassen.

Alltag voller Grauzonen – was tun wir?

Ganz gleich, ob die Politik auf Verbote setzt oder nicht, der Alltag ist voller Grauzonen, zu denen wir uns verhalten müssen. So wie Nazis nicht verschwinden, wenn man die NPD verbietet, so lassen sich Menschenverachtung und Hass nicht durch das Sperren von Internetseiten beseitigen. Was also können und müssen wir tun?

Wir wissen, dass die Kommunikation per Internet bei jungen Leuten heute ebenso wichtig ist wie die in der realen Welt. Die Unterschiede sind ganz klein geworden – oder haben sich gar ganz aufgelöst. Also müssen wir uns darauf einlassen. Dies lässt sich nicht mehr wegdiskutieren. Aus diesem Grund strebt die Amadeu Antonio Stiftung die Partnerschaft mit den großen Netzbetreibern und sozialen Netzwerken an, um hier neue Strategien zu entwickeln. Auch sie sind sich bewusst, dass hier dringend gehandelt werden muss und dass es dafür eine Partnerschaft zwischen denen geben muss, die inhaltliche und strukturelle Kompetenzen zusammenbringen wollen.

Neue Standards für eine neue Kommunikation

Gerade weil das Netz zum wichtigsten Kommunikations- und Informationsmedium geworden ist, muss die Ächtung menschenverachtender Inhalte und Interaktionsformen vorangetrieben werden. Nicht durch Zensur, denn die hat in Zukunft an dieser Stelle nur selten eine Chance, sondern durch begründete Regeln, Standards und offensive Beteiligung. Das Netz den Lauten und Brutalen zu überlassen käme einer neuen Art der Kapitulation gleich. Deshalb ist eines der Schlüsselwörter Kompetenz. Wir als Zivilgesellschaft müssen dafür sorgen, dass auch im Internet Menschenfeindlichkeit geächtet wird. Das geht nur durch Kompetenz und Aktivität sowohl in der Art, wie wir mit der Technik umgehen, als auch in der Art, wie wir auftreten, argumentieren und bereit sind, auch klar und emotional zu reagieren, wenn es notwenig ist. Dafür entwickelt die Amadeu Antonio Stiftung eine Reihe von Projekten, die hier vorgestellt werden. Die Rechtsextremen kennen ihre Chancen im Netz sehr gut und nutzen sie. Wenn wir wollen, dass demokratische Kultur, Respekt und Schutz vor Menschenverachtung die Standards unseres Zusammenlebens werden sollen, dann müssen wir uns hier engagieren. Sonst werden die Netzwirklichkeit und die reale von einem neuen Sozialdarwinismus überflutet, in dem die gewinnen, die am lautesten die neue Freiheit des globalen Zusammenlebens verachten.

Von Anetta Kahane
Vorsitzende des Vorstandes der
Amadeu Antonio Stiftung

IN DIESER AUSGABE

RECHTSEXTREMISMUS IM INTERNET ..... SEITE 3
NACH DEM ANSCHLAG: WIE STEHT'S IN ZOSSEN? ..... SEITE 5
ÜBER RESSENTIMENTS IM NETZ ..... SEITE 5
10 JAHRE »MUT GEGEN RECHTE GEWALT« ..... SEITE 9

DIE VZ-GRUPPE IM INTERVIEW »Web 2.0 aktiv«?

Die VZ-Gruppe (schülerVZ, studiVZ, meinVZ), auf deren Sozialen Netzwerken sich rund 17 Millionen Menschen vernetzen, engagiert sich seit ihrer Gründung 2005 gegen Rechtsextremismus – seit 2008 auch in Kooperation mit »Netz gegen Nazis«. Warum, fragten wir den Diplom-Sozialpädagogen Sascha Neurohr, und Lucas Lehmann, Leiter des Extremismus-Spezialistenteams.

Was war die auslösende Erfahrung, als VZ-Gruppe gegen Rechtsextremismus aktiv zu werden?

Sascha Neurohr: Die Beschäftigung mit Rechtsextremismus war keine Reaktion. Von Anfang an war klar: Rechtsextremismus ist eines der kritischen Themen.

Lucas Lehmann: Ein Social Network bildet die Gesellschaft ab. Die VZ-Gruppe will sich klar positionieren, Verantwortung übernehmen. Soziale Netzwerke haben für Rechtsextreme ganz klar Recruting-Potenzial.

Wie wendet sich die VZ-Gruppe gegen Rechtsextremismus in Sozialen Netzwerken?

Lehmann: Bei schülerVZ gab es von Anfang an feste Regeln, festgehalten in unseren Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) und im »Verhaltenskodex«: Keine rassistischen, diskriminierenden, extremistischen Äußerungen.

Was heißt das konkret?

Lehmann: Wir löschen konsequent, wenn gegen unsere Regeln verstoßen wird. Allerdings können wir nicht alles begutachten, was die 5,5 Millionen schülerVZ-Nutzer pro Tag in Diskussionsgruppen posten. Die Nutzer und Nutzerinnen haben insgesamt ein sehr gutes Bewußtsein, welche Inhalte wir akzeptieren und welche nicht. Und melden Verstöße in der Regel zeitnah. Die gehen an die besonders geschulten Experten, die im Customer Care-Bereich für den Bereich ‚Extremismus' zuständig sind. Das Expertenteam beobachtet dazu selbstständig kritische Themen. Vor der NRW-Wahl hat etwa ›Pro NRW‹ versucht, auf schülerVZ zu agieren. Das haben wir unterbunden.

Neurohr: Außerdem bieten wir Diskussionsgruppen an – auch in Kooperation mit Netz gegen Nazis – die aufklärende Inhalte haben: Wie treten Nazis auf, welche Themen nutzen sie, woran erkennt man sie? Durch die klare Positionierung des Unternehmens haben die Nutzerinnen und Nutzer keine Scheu, Rassismus, Antisemitismus und rechtsextreme Umtriebe zu melden, wenn sie darauf stoßen.

Wie läuft rechtsextremes ›Recruiting‹ in den Netzwerken ab?

Lehmann: In der Regel handelt es sich um ›Rechtsextremisten auf den 2. Blick‹ – ein User nennt sich »heimattreu«, Mütter in Elterngruppen argumentieren plötzlich rassistisch. Und natürlich äußern sich Rechtsextreme in politischen Diskussionsgruppen – oft geschickt. Da muss man zwischen den Zeilen lesen.

Welche Themen sind im Moment bei Rechtsextremen, Rassisten oder Antisemiten besonders beliebt?

Lehmann: Was in der Außenwelt passiert, passiert auch bei uns – ob es die NRW-Wahl ist, das Minarettverbot in der Schweiz oder Diskussionen über die ‚Gaza-Flottille'. Rechtsextreme Strategien in solchen Diskussionen sind: Fehlinformationen geben, dramatisieren, Unwissen ausnutzen, populistische Stimmungsmache betreiben, rassistisch argumentieren, etwa Ängste vor dem Islam schüren.

Welche Erfahrung hat die VZ-Gruppe mit der deutlichen Positionierung gegen Rechtsextremismus gemacht?

Neurohr: Der Verhaltenskodex entstand ja in Diskussionsgruppen unter Beteiligung der Schülerinnen und Schüler und findet entsprechend große Akzeptanz.

Lehmann: Natürlich gibt es vereinzelt Rechtsextreme, die meckern – aber unsere Regeln sind klar und sie wissen also, worauf sie sich einstellen müssen.

Neurohr: Es gab eine Beschwerde von einem Vater, wir wären gegenüber ›nationalen Jugendlichen‹ viel strenger als gegenüber anderen. Aber das war es schon. Von anderer Seite gab es nie Kritik: Das konsequente Vorgehen der VZ-Gruppe wird auch von unseren geschäftlichen Partnern nur begrüßt.

Das Interview führte Simone Rafael

Ein Laden kommt selten allein

Durch Mode und Lifestyle bemühen sich Neonazis um Akzeptanz für ihre Ideologie. Bei Neonazis beliebte Modelmarken platzieren ihre Läden in Innenstädten und schaffen Gewöhnung. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt Initiativen, die sich gegen diese Normalisierung von Rechtsextremismus engagieren. Deutschlandweit existieren derzeit »Thor-Steinar«-Läden unter anderem in Nürnberg, Berlin, Magdeburg, Erfurt und Dresden.

Vor rund einem Jahr wurde im Zentrum der Stadt Halle der »Thor-Steinar«-Laden »Oseberg« eröffnet. »Der Laden ist in der Fußgängerzone. Von außen gesehen ist er durch einen Bretterverschlag so unattraktiv, dass man annehmen kann, dass jeder, der dort hineingeht weiß, wohin er geht«, stellt Sandra von der Initiative »Aktion Ladenschluss« fest. Die Befürchtungen, dass er sich als Verkaufsstelle für Neonazi-Zubehör und auch als Treffpunkt für die regionale Neonaszene etabliert, haben sich bewahrheitet. Der »Oseberg«-Laden steht symptomatisch für die Präsenz rechtsextremer Einstellungen in der Öffentlichkeit. Ziel der Initiative »Aktion Ladenschluss« ist die Schließung des Ladens, was sich jedoch juristisch äußerst schwierig gestaltet. Darum informiert sie zunächst über »Thor Steinar« sowie neonazistisches Gedankengut und ist an Schulen aufklärend tätig. Die von der Amadeu Antonio Stiftung geförderte Aufklärungskampagne konnte mit ihren Workshops in den vergangenen Monaten etwa 340 Jugendliche erreichen und sie über Codes aufklären, die den für die Neonaszene typischen Lifestyle ausmachen.

© Theo Schneider

»Thor Steinar« und die rechtsextreme Infrastruktur

Für eine funktionierende rechtsextreme Infrastruktur spielen nicht nur auf Dauer angelegte Treffpunkte, sondern ebenso identitätsstiftende Erkennungszeichen eine Rolle. Die Modemarke »Thor Steinar« erfüllt eine Doppelfunktion. Die Verkaufsläden dienen der Vernetzung und Etablierung der Szene, und die vermeintlich »coole« Kleidungsmarke kann gerade auch jugendlichen Trägern durch öffentliche Zurschaustellung der politischen Einstellung ein Zugehörigkeitsgefühl vermitteln. Durch ihre mitunter zentrale Lage sind die Läden Teil rechtsextremer Normalisierungsbemühungen, die auf eine Präsenz im öffentlichen Raum und auf das Senken der Hemmschwelle gegenüber rechtsextremen Inhalten zielen. Der Umsatz kommt der Szene zu Gute.

Engagement als Rezept

Um dieser Normalisierung entgegenzuwirken, unterstützte die Stiftung Aufklärungsmaterialien, wie die Broschüre »Investigate Thor Steinar«, die die Hintergründe und Motive der Kollektion analysierte. Erfolgreich: Mittlerweile ist das Tragen dieser Kleidermarke u.a. im Deutschen Bundestag, im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sowie in zahlreichen Fußballstadien untersagt. Neben der Aufklärung muss jedoch auch eine lokale Auseinandersetzung stattfinden, bei der Vermieter und Geschäfte aus der Nachbarschaft einbezogen werden müssen. Die beiden gleichnamigen Initiativen »Mitte gegen Rechts« in Chemnitz und Berlin installierten mit Hilfe der Amadeu Antonio Stiftung einen Info-Container in der Nähe der »Thor-Steinar«-Läden und machten damit die Passanten auf das Problem aufmerksam. Da der Container mehrmals beschädigt und beschmiert wurde, entstand auch eine Webseite, die kontinuierlich über die Entwicklungen im Engagement gegen die Läden informiert, die Schäden dokumentiert und von der Amadeu Antonio Stiftung gefördert wird. In Berlin wurde erfreulicherweise dem ersten »Thor-Steinar«-Laden »Tönsberg« gekündigt. In Halle und Chemnitz geht es noch weiter. Eine Schließung braucht langen Atem. Doch durch zweckgebundene Spenden, wie etwa von Richard von Weizäcker oder auch Wolfgang Thierse, konnte die Amadeu Antonio Stiftung die Initiativen bei ihrem Engagement unterstützen.

Von Thomas Olsen und Sebastian Heidebrecht

Die Amadeu Antonio Stiftung fördert…

… das Medinetz Leipzig, weil es ihr Kernanliegen ist, Migrantinnen und Migranten ohne gesicherten Aufenthaltsstatus eine medizinische Grundversorgung zu gewährleisten, die sie sonst nicht bekommen. Bei einer bundesweiten Konferenz der Medinetze und -büros konnte über die neue Verwaltungsordnung und weitergehende Arbeit zur Unterstützung von Migrantinnen und Migranten diskutiert werden.

© Medinetz

… die Gedenktafel für May Ayim. Das Berliner Gröbenufer heißt nun May-Ayim-Ufer, um die Engagierte für ihren Einsatz gegen Rassismus zu ehren, statt dem Kolonialherren Otto Friedrich von der Groeben eine Straße zu widmen. May Ayim war Gründungsmitglied der »Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland« und war Herausgeberin mehrerer Bücher. Die Erinnerungsperspektive wird damit umgekehrt und der positive Bezug auf den deutschen Kolonialismus gestrichen.

cc Steve Thoroughgood

Rechtsextremismus im Internet – was ist daran das Problem?

Der Verbreitung von Rassismus, Antisemitismus und NS-Verherrlichung wird auf unterschiedlichen Ebenen Einhalt geboten – von zivilgesellschaftlichen Protesten bis zur Strafverfolgung. So zumindest in der realen Welt. Kein Wunder, dass Neonazis sich deshalb von Anbeginn für das Internet interessierten: Es ist für sie ein optimaler Ort für Vernetzung, Austausch und Agitation.

Insgesamt zählte Jugendschutz.net 1.872 rechtsextreme deutschsprachige Internetangebote im Jahr 2009 – Tendenz: steigend. Viele rechtsextreme Internetangebote wenden sich an die eigene Szene: Neben Webseiten von Parteien, Organisationen oder Publikationen gibt es szeneinterne Angebote aller Art, die für den Austausch von Propagandamaterialien, Musik, Bekleidung und Accessoires, Informationen, Kontaktpflege und Ideologiebekräftigung genutzt werden: etwa rechtsextreme Online-Medien und Internetradios, Communities und Flirtbörsen, selbst ein Neonazi-Pedant zum Videoportal YouTube (»88Tube«). Es sind Agitationsräume, die die Ideologie der Einzelnen vertiefen und das Gefühl vermitteln, Teil einer vermeintlich »großen« Gemeinschaft zu sein. Es sind aber auch Orte rechtsextremer Selbstorganisation – um etwa zu Demonstrationen aufzurufen, aber auch, um die Adressen von »Gegnerinnen und Gegnern« zu publizieren und sich zu Angriffen zu verabreden. Das Internet wird also auch gezielt genutzt, um Demokratinnen und Demokraten zu bedrohen und zu beschimpfen.

»Der nette Rechte von Nebenan«

Mit großer Ausdauer nutzen Neonazis dazu auch die Räume des interaktiven Web 2.0, platzieren ihre menschenverachtenden Beiträge in den Kommentarspalten der großen Tageszeitungen, versuchen neue Kontakte in Chat-Communities zu knüpfen oder beschimpfen Menschen, die Mitglieder in antirassistischen Gruppen bei Facebook oder SchülerVZ sind. Die Strategie ist klar: Als »netter Rechter von Nebenan« um Sympathien werben sowie die Themen der Netzcommunity rassistisch, völkisch, antisemitisch aufladen und so Normalisierungsprozesse in Gang setzen, die die eigene Meinung als verbreitet erscheinen lassen. Auf diesem Wege nehmen sich Neonazis im Internet Raum, den sie in der realen Welt so leicht nicht bekommen würden.

Reaktionen in der Webwelt

Obwohl sich die Internet-Community als basisdemokratisch versteht, funktionierte der Kampf gegen Rechtsextremismus im Internet bisher vor allem repressiv – rechtsextreme Seiten, Profile oder Beiträge werden gemeldet und gelöscht. Grundsätzlich ist das gut, denn rassistischer, antisemitischer, NS-verherrlichender Propaganda muss niemand eine Plattform bieten. Die meisten Anbieter haben Passagen gegen »Hate Speech« in ihren allgemeinen Geschäftsbedingungen und können auf dieser Grundlage Kommentare, Profile oder Seiten löschen. Doch diese können schnell neu eingestellt werden. Bei einigen Userinnen und Usern bleibt ein Unbehagen bestehen, mit reinem Verbot auf rechtsextreme Seiten reagiert zu haben, statt eine Auseinandersetzung zu suchen.

Virtuelle Zivilgesellschaft

Das Internet ist aber ein Sozialraum der Zukunft, in dem eine virtuelle Zivilgesellschaft die Ideale der Demokratie genauso verteidigen muss wie in der realen Welt. Userinnen und User müssen sich aktiv positionieren, um Neonazis auch im Internet klarzumachen: Eure Positionen werden hier nicht toleriert.

Um zu erkennen, wo und wie Neonazis versuchen, in die Gesellschaft vorzudringen, gibt es Informationsportale wie die der Amadeu Antonio Stiftung – netz-gegen-nazis.de und mut-gegen-rechte-gewalt.de –, die mit ihrem Wissen auch in Sozialen Netzwerken aktiv sind. Bei tagesaktuellen Ereignissen spiegelt das Internet über Fan-Gruppen die Stimmungslagen in der Gesellschaft. Es melden sich bei rassistischen Äußerungen aber auch zahlreiche Menschen, die eine rassistische Aufladung der Diskussion nicht akzeptieren wollen. Menschen, die sich in Internetdiskussionen aktiv rechtsextremen Meinungen entgegenstellen möchten, schult netz-gegen-nazis.de beispielsweise im Projekt »Generation 50plus aktiv im Netz gegen Nazis«. Interessant war auch der Versuch, der NPD-Seite auf Facebook eine »virtuelle Lichterkette« entgegenzusetzen. Durch solche Aktionen machen die Userinnen und User den Betreibenden klar, wo sie stehen und welche Positionierung sie sich von den Unternehmen wünschen. Und diese reagieren, indem sie die Moderation schulen, Rassismus und Antisemitismus, wenn er gemeldet wird, löschen oder Aktionen gegen Rechtsextremismus starten. Der Prozess der Problembewusstseinsbildung und Strategieentwicklung steht im Internet noch am Anfang – ist aber wert, begangen zu werden: Der Austausch in Sozialen Netzwerken ersetzt schon heute für viele das Schulhofgespräch.

Von Simone Rafael

Die Amadeu Antonio Stiftung fördert …

… das Schulklassenprojekt »Mahnmal für Weinheim«, damit den 1940 nach Gurs deportierten Jüdinnen und Juden Weinheims gedacht wird und die Schülerinnen und Schüler sich selbst erarbeiten, was das Unterrichtsthema Nationalsozialismus mit ihrer eigenen Stadtgeschichte zu tun hat. Die Schulklassen gestalten Gedenksteine, die an das Geschehen erinnern und eine Botschaft für heute enthalten.

© Monika Endriß

… das Begleitprogramm der Ausstellung »Homestory Deutschland«. Ausstellung wie Programm machen deutlich, dass Schwarze Deutsche genauso Menschen sind, die ihre eigene Individualität haben und nicht nur durch Hautfarbe definiert sind. Schließlich fragt man weiße Deutsche auch nicht ständig, wo sie eigentlich herkommen. Sich als Individuum akzeptiert zu fühlen ist nicht leicht, wenn man ständig »irgendwie anders« behandelt wird.

© Michael Jäneke. babelfoto

RECHTSPOPULISTEN STOPPEN!

Die rechtspopulistische Partei »Pro Deutschland« will 2011 zu Kommunal- und Landtagswahlen antreten. Über die Unterschiede zu anderen rechtsradikalen Parteien und über die Gegenproteste sprach ERMUTIGEN mit Timo Reinfrank, Stiftungskoordinator der Amadeu Antonio Stiftung.

Was unterscheidet »Pro Deutschland« von anderen rechtsradikalen Parteien wie der NPD oder DVU?

»Pro Deutschland« gibt sich bürgerlich und versucht sich als »nicht extrem« darzustellen. Allerdings entlarvt sich dieses Image alleine schon durch die Mitgliedschaft einiger ehemaliger, angeblich geläuterter, NPD- und DVU-Angehöriger. Die Themen sind eindeutig rassistisch und rechtsradikal. Ihre vermeintliche anti-antisemitische Haltung setzen sie gezielt strategisch ein. Sie geben sich Israelfreundlich und hetzen umso mehr gegen den Islam, der das christlich-jüdische Abendland bedrohe. Der islamfeindliche Rassismus nimmt bei »Pro Deutschland« eine neue Dimension ein. Die Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen Parteien aus anderen europäischen Ländern unterscheidet sich ebenfalls von den »klassischen rechtsradikalen« Parteien. »Pro Deutschland« ist Teil der hauptsächlich aus Westeuropa kommenden Modernisierungsbestrebungen der extremen Rechten, zu der etwa »Vlaams Belang« aus Belgien, die FPÖ aus Österreich oder die »Partei für die Freiheit« von Gert Wilders stehen.

*cc Moritz**

Was sind zentrale Themen von »Pro Deutschland«?

Schlagworte im Parteiprogramm sind etwa Kein EU-Beitritt der Türkei, Abschiebung ausländischer Straftäter, härtere Strafen für Sexualstraftäter, gegen Globalisierung und für nationale Abschottung. Das sind alles auch Forderungen der NPD, da zeigen sich lauter Parallelen. Anders ist aber hier wieder, dass »Pro Deutschland« vorgibt, eine Bürgerbewegung zu sein und somit den Anschein erweckt auch für mehr Mitbestimmung in der Politik einzutreten. Zudem steht über allem die Hetze gegen Muslime und den Islam.

Was ist in Zukunft von »Pro Deutschland« zu erwarten?

Bei den Wahlen in NRW ist Pro Deutschland ziemlich gescheitert. Jetzt wollen sie sich erst einmal auf Berlin konzentrieren. Gerade ist der Hauptsitz der Partei von Köln nach Berlin verlegt worden. Der Berliner Landesverband wird gerade aufgebaut, der bis 2011 kampagnenfähig sein soll. Auch Patrik Brinkmann wohnt neuerdings in Berlin. Er nimmt eine sehr zentrale Position als Finanzier ein, dennoch werben sie auch gezielt um Kleinspenden. Brinkmann sollte eigentlich auch als neuer Vorsitzender und Spitzenkandidat in Berlin antreten, was jedoch aufgrund seiner schwedischen Staatsbürgerschaft nicht möglich ist. Im Gespräch ist über Berlin hinaus auch der Versuch einer Kandidatur in Niedersachsen.

Das Interview führte Lisa Doppler

CIVIS Medienpreis für »Netz gegen Nazis«

Zum ersten Mal wurde der CIVIS Medienpreis in der Kategorie »Onlinemedien« vergeben. »Netz gegen Nazis« konnte sich gegen 98 hochkarätige Bewerber aus 24 europäischen Staaten durchsetzen.

Auf der Preisverleihung in Berlin nahm Simone Rafael von »Netz gegen Nazis« den mit 5.000 Euro dotierten Preis entgegen. Strahlend erklärte sie, wie sehr sie sich freue, dass mit diesem Preis nicht nur die Bedeutung der Onlinemedien im Allgemeinen anerkannt wird, sondern vor allem auch die Wichtigkeit, über Rechtsextremismus zu berichten – auch weil Nazis inzwischen gut begriffen hätten, das Internet für ihre Belange zu nutzen.

Weit mehr als »nur« Informationen

»Netz gegen Nazis« bietet Informationen über Rechtsextremismus, seine Erscheinungsformen, Strukturen, Symbole, Ideologien, aber auch Gegenstrategien. Darüber hinaus zeichnet es sich als interaktives Forum aus, in dem Userinnen und User Fragen stellen, sich austauschen und vernetzen. Damit trägt die Plattform zu einer demokratischen Debattenkultur im Netz bei. Simone Rafael als Redakteurin und Joachim Wolf als Forumsmoderator und Journalist halten in unermüdlicher Arbeit dieses Angebot aufrecht.

Viel Lob für »Netz gegen Nazis«

Michael Radix, Geschäftsführer der CIVIS Medienstiftung, erklärte, dass bei der Entscheidungsfindung nicht nur die thematische Relevanz und die journalistische Professionalität, sondern auch die grafische Darstellung und vor allem die barrierefreie Anwendbarkeit sowie die Möglichkeit der Partizipation von besonderer Bedeutung gewesen seien. Dies alles biete »Netz gegen Nazis« auf vorbildliche Weise. Die Intendantin des WDR und Kuratoriumsvorsitzende der CIVIS Medienstiftung Monika Piel erklärte weiter, der Webauftritt von »Netz gegen Nazis« sei »momentan das Beste, was zum Thema Integration im Internet existiert.« Prof. Dr. Andreas Zick, Konfliktforscher an der Universität Bielefeld und Mitglied der Jury warnte: »Rechtsextremismus wird unterschätzt. Es ist auch die gesellschaftliche Mitte, die anfällig ist.« Mit

Sorge beobachte er, dass sich Journalistinnen und Journalisten zunehmend zurückzögen und die Medien dieses Thema meiden. An Simone Rafael gerichtet stellte er darum anerkennend fest: »Frau Rafael ist dort, wo oft kein Journalismus stattfindet!«

Von Thomas Olsen

»Viele kleine Projekte ermöglichen«

Drei Kolleginnen und Kollegen, Sebastian Brux, Nihal Öser und Jan Schwab, haben die Amadeu Antonio Stiftung zum Jahresende 2009 verlassen. Dafür konnte die Stiftung mit Konstanze Ameer eine neue Kollegin begrüßen, die bereits seit mehreren Jahren in verschiedenen Projekten der Stiftung arbeitet. Nun ist sie verantwortlich für Wünsche und Betreuung der Spenderinnen und Spender, Stifterinnen und Stifter.

Wie bist Du zur Stiftung gekommen?
Angefangen habe ich mit einem Praktikum und war dann so von der Arbeit überzeugt, dass mir klar war: Hier will ich mich weiter engagieren. Im Anschluss habe ich dann ein Lokalprojekt mit Jugendlichen zum Thema gemacht.

Wie sieht Deine Arbeit bei der Stiftung aus?
Vor allem trete ich in Kontakt mit Menschen, die sich für die Stiftungsarbeit interessieren und beantworte ihre Fragen, etwa welche Projekte die Stiftung unterstützt und welche Unterstützung wir Engagierten vor Ort bei ihrer Arbeit geben können. Deshalb führe ich viele Telefonate und beantworte Briefe und E-Mails, um die Menschen zu informieren, worum es bei der Stiftungsarbeit geht und wie man unsere Partner bei ihrer Arbeit für einen Alltag ohne Nazis, Rassisten und Antisemiten unterstützen kann.

Und welche Fragen werden besonders häufig gestellt?
Meist wird gefragt, wie man sich selbst am besten gegen Neonazis engagieren kann. Dabei weise ich häufig darauf hin, dass auch das Spenden von Geld eine oft unterschätzte Form des Engagements darstellt. Durch Spenden kann auch mit relativ geringem Aufwand ein großer Beitrag für eine wichtige Sache geleistet werden. Gerade kleine Projekte können oft schon durch eine geringe Unterstützung ermöglicht werden. Für mich bietet die Spenderbetreuung deshalb auch eine große Motivation. Es ist schön, täglich sehen zu können, wie viele liebevoll gestaltete Projekte schon mit wenig Geld ermöglicht werden können.

Was hast Du Dir für das nächste Jahr vorgenommen?
Ich möchte mich persönlicher und intensiver um unsere Unterstützer kümmern und unsere Arbeit sowie den Umgang mit Spendengeldern noch transparenter machen. Aus diesem Grund laden wir zum Beispiel auch Spenderinnen und Spender zu Veranstaltungen in die Stiftung ein. Ich freue mich darüber, Interessierten die Stiftung näher bringen zu können und sie auch persönlich zu begrüßen. So kann ich einen guten Einblick in die Stiftung und unsere Arbeit vermitteln. Und wenn die Zeit reicht, können offene Fragen auch mal bei einem gemeinsamen Kaffee weiter geklärt werden. Darüber hinaus möchte ich dafür die Voraussetzungen schaffen, dass sich die Stiftung an der Initiative Transparente Zivilgesellschaft von Transparency International beteiligt.

Das Interview führte Sebastian Heidebrecht

Die Amadeu Antonio Stiftung fördert ...

... in der Volksschule Mittenwald ein Gespräch mit den Zeitzeugen Maurice Cling, Mark Twangue und Ernst Grube, um in den Diskussionen in Mittenwald über ein Denkmal für die Opfer der Gebirgsjäger einen klaren Punkt zu setzen. Jährlich finden in Mittenwald »Gedenkveranstaltungen für gefallene Gebirgsjäger« statt. Doch die Gebirgsjäger der Wehrmacht verursachten im Zweiten Weltkrieg grausame Verbrechen. Ihrer Opfer soll gedacht werden.

... das Projektbüro »Trollmann Denkmal Berlin«, damit die bewegende Geschichte des Sinto-Boxers Johann Trollmann sowie sein Protest gegen die nationalsozialistische Vereinnahmung des Boxsports nicht in Vergessenheit gerät. 1933 wurde Trollmann vom Boxsportverband sein Meistertitel im Halbschwergewicht aberkannt. 1944 wurde er im KZ-Nebenlager Wittenberge erschlagen.

»Sie wollte immer genau wissen, was die Amadeu Antonio Stiftung an jedem Tage tut«

Kurz vor Weihnachten erhielten wir die Nachricht vom Tod unserer Freundin und Kollegin Barbara Schweigkofler. Sie war diejenige, die unsere Bücher führte, Ausgaben und Einnahmen buchte und sich mit Verwaltungen herum zu schlagen hatte. Viele unserer Förderinnen und Förderer, Partnerinnen und Partner sowie Initiativen haben sie gekannt, zumeist telefonisch, wenn sie sich voller Verständnis und mit disziplinierter Klarheit um Ordnung im Zahlengewimmel von Abrechnungen kümmerte oder Spendenbescheinigungen noch mal verschickte, weil die Post sie nicht zustellen konnte. Sie hat uns alle aber auch inhaltlich unterstützt und begleitet. Sie kam so oft sie konnte mit ihrem Mann Günther Schweigkofler nach Berlin, um sich mit den Projekten zu beschäftigen. Sie korrigierte unsere Publikationen und gab uns viele Anregungen auf ihre bescheidene, freundliche und dezente Art. Barbara Schweigkofler war Teil unseres Teams und noch weit mehr: Sie war es, die sich von dem Sitz der Stiftungsverwaltung in Heidelberg immer nach der Wirkung unserer Projekte erkundigte. Wenn Barbara Schweigkofler fragte, wie sie sich die Arbeit in einem bestimmten Projekt genau vorstellen soll, dann meinte sie das niemals rhetorisch. Sie wollte immer genau wissen, was die Amadeu Antonio Stiftung an jedem Tage tut und ob dies das Leben von Menschen real verbessert. Sie wollte Beispiele kennen. Sie wollte Veränderung.

In Gedenken an Barbara Schweigkofler, die den Einsatz für Menschen und deren Erfolgsstories liebte, wünsche ich Ihnen viele Geschichten, von dem, was wir zusammen möglich machen werden.

Von Anetta Kahane

Nach dem Anschlag: Wie steht's in Zossen?

Im Januar 2010 wurde das »Haus der Demokratie« in Zossen von einem Jugendlichen mit rechtsextremen Hintergrund abgebrannt. Jetzt nimmt der Wiederaufbau Formen an. Der Sprecher der Zossener Initiative »Zossen zeigt Gesicht«, und Mitbegründer des Vereins »Haus der Demokratie e.V.«, Jörg Wanke, berichtet, wie es vor Ort aussieht. Der Opferfonds CURA hat nach dem Brandanschlag zu Spenden für die Initiative aufgerufen.

Was hat sich seit dem Anschlag in Zossen verändert?
Wir brauchten eine Weile, um das Geschehene zu bewältigen. Allerdings war klar, dass wir genau da weiter machen müssen, wo wir zuletzt aufgehört hatten. Deshalb haben wir uns entschlossen, einen Verein für ein neues Haus der Demokratie zu gründen. Außerdem stellen wir zunehmend fest, dass unsere Arbeit auf große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit stößt, und können dadurch neuen Mut gewinnen.

Wie beurteilen Sie das Engagement der kommunalen Politiker?
Höchst unterschiedlich. Wir haben eine enge Zusammenarbeit mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und auch einige Berührungspunkte mit der CDU, allerdings keinerlei Kooperation mit der Zossener Bürgermeisterin. Die Zusammenarbeit mit der Politik findet auf regionaler und auch überregionaler Ebene statt, einige Politiker engagieren sich selbst in unserer Initiative. Allerdings, und das ist uns wichtig, sind wir eine parteiübergreifende Initiative, Parteipolitik spielt bei uns immer eine untergeordnete Rolle.

In letzter Zeit ist zu hören, dass Neonazis verstärkt das Internet nutzen. Stimmt das?
Ja, auf jeden Fall! Die Internetpräsenz ist deutlich spürbar und spielt für die Neonazis in Zossen eine große Rolle. Es ist vielleicht kein Zufall, dass ein Internetcafé einer der ersten Treffpunkte der örtlichen Neonazis war. Ich selbst werde oft per E-Mail angefeindet und lese einige feindliche Kommentare auf unserer eigenen Homepage sowie über uns auf anderen Internetseiten.

Wie geht es jetzt weiter, in Zossen?
Unsere nächste Herausforderung wird es sein, das neue Haus der Demokratie zu entwickeln. Dazu haben wir einen Verein gegründet, der Besitzer des neuen Hauses wird. Dafür müssen Gelder aufgebracht und eine Baugenehmigung beantragt werden. Wir versuchen das Haus bis Ende des Jahres soweit in Stand zu setzen, dass wir zumindest das Erdgeschoss nutzen können. Dort entstehen neben einem kleinen Café zwei Veranstaltungsräume.

Was können Sie engagierten Bürgerinnen, Bürgern und Gemeinden empfehlen?
Nicht den Mut verlieren! Außerdem ist es wichtig, nach dem eigenen Weg zu schauen, es gibt dafür kein Rezept. Ich halte es für wichtig, nicht nur kurzfristige Aktionen zu unternehmen, die sicherlich auch unentbehrlich sind, sondern den Fokus auf nachhaltige Arbeit und strukturelle Veränderungen zu setzen. Gerade im ländlichen Raum kann durch die Schaffung eines kulturellen Angebots für junge Leute viel erreicht werden.

Das Interview führte Sebastian Heidebrecht

IHRE SPENDE FÜR DEN OPFERFONDS CURA
DEUTSCHE BANK
KONTO: 030 331 331
BLZ: 509 700 04

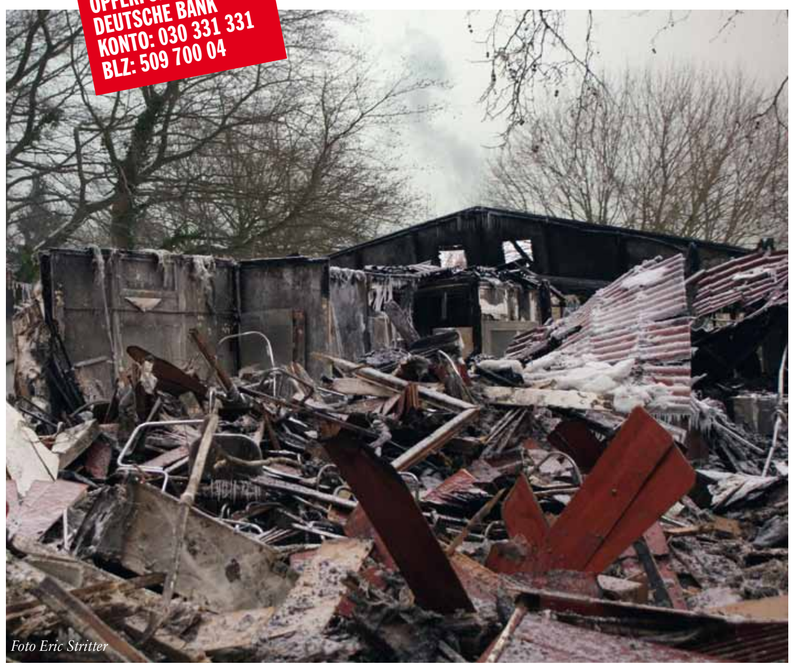


Foto Eric Stritter

Die Amadeu Antonio Stiftung fördert ...

... das »Eberswalder Zentrum für demokratische Kultur« und den »Jugendarbeit und Schule e.V.« mit dem Theaterprojekt »Heimat, bittersüße Heimat« von »Label Noir«. Damit die Schauspielerinnen und Schauspieler in ihrem Stück berichten können, was es heißt, in einer Gesellschaft zu leben, in der deutsch zu sein, ausgesprochen und unausgesprochen, weiß zu sein bedeutet.

© Torsten Stapel

... im Rahmen der *stern*-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt« ein Freiwilliges Soziales Jahr bei der »Aktion Zivilcourage Pirna«, damit die Initiative in ihrem Engagement gegen Neonazis in der Sächsischen Schweiz tatkräftige Unterstützung bekommt und noch viele weitere Projekte verwirklichen kann.

© Zivilcourage Pirna

Über Ressentiments im Netz

Wo kann man sich mal nach Herzenslust in Hasstiraden ergießen? In der Anonymität des Internets. Wer kennt nicht die Kommentarspalten unter Artikeln, die ganz tief blicken lassen? Da will »ShoahAloa« unter unserem Bericht zu Opfern rechtsextremer und rassistischer Gewalt schreiben: »Was nur 149 Todesopfer, das müssen wir aber schnellstens ändern, da gehören doch noch ein paar Nullen dahinter. Also raus auf die Straßen und in die Gassen, lasst uns die multikulturellen Verräter zu Tode hassen!!!«. Was gemeinhin als Stammtischparolen bezeichnet wird, findet sich in Kommentarspalten im Internet mit einem viel größeren Resonanzraum wieder. Davon kann die »Mut gegen rechte Gewalt«-Redaktion ein Lied singen – kann aber glücklicherweise diese Kommentare einfach blockieren.

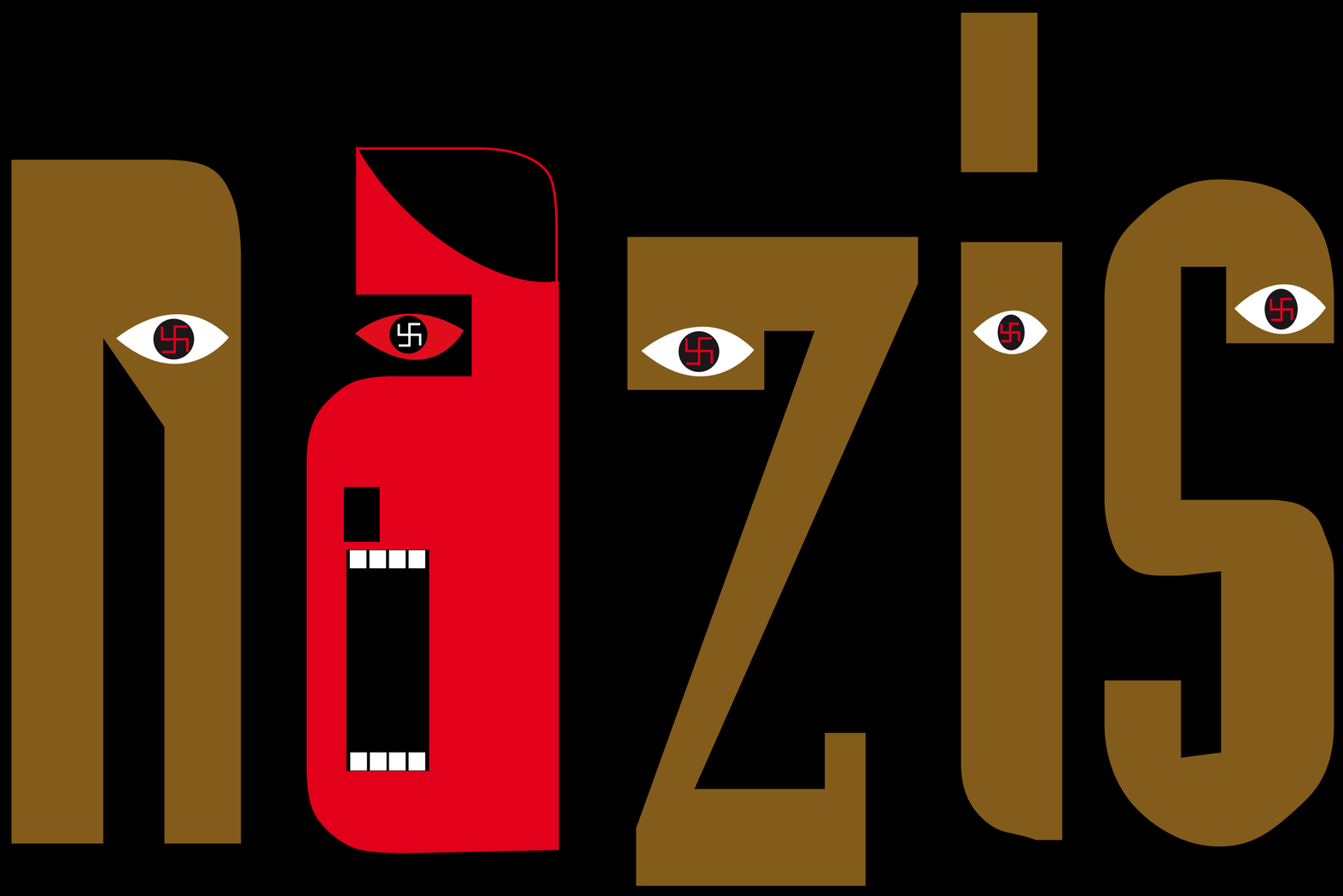
Von Angesicht zu Angesicht hält man sich auch mal zurück. Doch wenn Lena Meyer-Landrut »für Deutschland« den Eurovision Song Contest gewinnt, aber keinen Punkt aus Israel erhält, brodeln Twitter oder Facebook nur so vor Antisemitismus. »Und von den drecks Juden aus Israel war wie immer auch nichts zu erwarten«, meint »Daniel Göbel« auf Facebook. Da zeigt sich nichts Latentes – das ist blanker, offener Antisemitismus, der Individualität nicht kennt und vom eigenen nationalen Kollektiv das »Prinzip Jude«, wie Jean-Paul Sartre es nannte, abspaltet.

Daneben richtet sich der Hass auch speziell gegen Persönlichkeiten. Vor allem dann, wenn das »nationale Ganze« angegriffen wird. Wenn ein »geplantes Attentat eines Migrantenkindes gegen den deutschesten aller Knöchel«, so sarkastisch drückte es Boris Herrmann in der Berliner Zeitung aus, verübt wird, kann man sicher sein, dass die rassistischen Hasstiraden nicht lange auf sich warten lassen. Nach dem Foul von Kevin-Prince Boateng an Michael Ballack schossen die Facebook-Fangruppen aus dem Boden. »Boateng umhauen« hieß die eine. Hier meinte »Jürgen Daisenberger« endlich mal das sagen zu können, auf das er schon so lange gewartet hat: »Danke Boateng.Du hast die Deutschen wachgerüttelt. endlich sind 82 millionen im aufstand.es wurde zeit.ich kauf Dir dafür ne banane«. Rechtschreibfehler im Original. Eine einzige Person hat den Deutschen die WM vermasselt. Vor Anfeindungen ist sie nicht mehr sicher, schon gar nicht im Web 2.0. Sicherlich, Internet ist nicht alles – schon gar nicht die reale Welt. Doch es offenbart die tief sitzenden Ressentiments vieler Menschen und die können mit einer bislang ungeahnten Reichweite verbreitet werden. Ein großer und kontinuierlich wachsender Teil der Gesellschaft bewegt sich täglich im Internet. Viele Menschen, vor allem aber Jugendliche, haben oft ein naives Verhältnis zum Netz. Mehr als jeder zweite Internetnutzer ist bereits Mitglied in Social Communities wie Facebook, MySpace und Co. über welche er mit seinem Umfeld interagieren, Interessen pflegen, die Welt filtern und wahrnehmen kann. Es braucht also Strategien, die diese Ressentiments bekämpfen. Redaktionen und Social-Network-Betreiberinnen und Betreiber müssen reagieren. Die User, die so etwas noch schockiert, sollten diese Kommentare nicht so stehen lassen. Unermüdlich dagegen zu argumentieren ist wichtig. Doch ohne Lösungen in der realen Welt ist das leider in Teilen auch ein Kampf gegen Windmühlen.

Von Nora Winter

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



IN DEUTSCHLAND. IMMER NOCH.

© Ulrich Beck

»Nazis sind zu phlegmatisch«

Das Thema Internet wird auch für Neonazis relevant. Im Web 2.0, auf Blogs und in Foren tummeln sie sich. Über die Wichtigkeit des Internets sprach die Aussteigerorganisation EXIT mit Franka, die bis vor kurzem in der rechtsextremen Szene aktiv war.

Ist das Internet ein wichtiges Medium für die Naziszene?
Natürlich ist es wichtig. In den letzten sechs Jahren haben sich 70 bis 80 Prozent der Vernetzung ins Internet verlagert. Wichtiger als die öffentliche NPD-Seite oder die sozialen Netzwerke sind die versteckten Foren, auf denen für Demonstrationen geworben wird. Es gibt sogar Kontaktbörsen von Neonazis. Dort bleibt man unter sich und kann sich austauschen. Darauf sollte man das Augenmerk richten.

Und wie komme ich als außenstehende Person in solche Foren?
Wenn man an die Adresse von versteckten Foren herangekommen ist, braucht man bestimmte Zugangsdaten. Die User werden auch manchmal überprüft, ob sie auch wirklich in die Kreise gehören. Das heißt, man muss entweder einen Nachweis schicken, seine Telefonnummer oder seinen Wohnort preisgeben. Wenn man nicht sagen kann, mit welchen Kameradschaften man Kontakt hat, wird man nicht rein gelassen. Es gibt auch öffentliche Foren. Da kann man sich einfach anmelden.

Und hält man sich in öffentlichen Foren dann zurück, weil der »Feind« mitlesen könnte?
Ja, in öffentlichen Foren, die eigentlich nur für Nazis sein sollten, wird man nichts bekanntgeben und sich auch nicht austauschen. Dazu wird auf geschlossene Foren verwiesen, in denen man sich erst einmal »outen« muss. Kameradschaften haben unter sich eigene Foren und Webseiten, über die das Ganze läuft.

Wenn man sich die Kommentare auf Altermedia oder Thiazi anschaut: wie werden die moderiert?
Das ist von Forum zu Forum verschieden. Es gibt neben dem Betreiber meist noch Administratoren und Moderatoren, die sich darum kümmern, Kommentare freizuschalten oder zu löschen. Wenn es öffentlich ist, schauen sie auch, ob es strafrechtlich relevant ist. Da kommt es aber auch darauf an, ob der Server im In- oder Ausland liegt.

Das ist aber auch viel Arbeit, oder?
Ja, die meisten sind arbeitslos und sitzen dann den ganzen Tag vor dem PC. Da geht nichts nebenbei. Es gibt Demonstrationen und Internet. Die leben für die Sache und fühlen sich als würden sie unheimlich viel für ihr Deutschland machen. Bei Altermedia zum Beispiel müssen es mehr als drei Leute sein, damit es funktioniert.

Und wie sieht es mit Anweisungen aus, wie Neonazis sich im Internet verhalten sollen?
Ich denke, damit wird einfach nur abgelenkt von der vorhandenen Vernetzung. Hinter den Kulissen kann man gerade mit dem Internet mehr machen und so lenkt man vom eigentlichen Fokus ab.

Was ist mit Profilen bei den sozialen Netzwerken? Wie wird reagiert, wenn die gelöscht werden?
Dann macht man sich eben ein neues. Manche haben auch mehrere Profile und sind mit einem immer irgendwie online. Man fällt auch nicht immer gleich mit der Tür ins Haus und kleistert alles mit Hakenkreuzen zu. Es gibt natürlich Dumpfbacken, die das immer wieder tun. Aber es gibt auch die, die subtiler sind und sich an linken Gruppen oder der Polizei vorbeischleichen.

Die Vernetzung hat durch das Internet zugenommen. Kann sich die Szene dadurch schneller mobilisieren?
Es könnte so funktionieren, aber dazu sind Nazis zu phlegmatisch. Man muss wochenlang anpreisen und mobilmachen, dann klappt es. Wenn man das nicht macht, sind vielleicht 30 Leute da. Aber mit dem Internet kann man auf Demonstrationen besser reagieren. Bei Blockaden oder Interventionen der Polizei kann man Informationen einfach abrufen, sich dann anders formieren oder woanders hingehen. Da wird sich die Rolle des Internets noch weiterentwickeln.

Das Interview führte Fabian Wichmann

CHRONIK 10 JAHRE »MUT GEGEN RECHTE GEWALT«

2000 In Dessau wird Alberto Adriano ermordet. Auf jüdische Flüchtlinge in Düsseldorf wird ein Sprengstoffanschlag verübt. Aufgrund der gehäuften und gewalttätigen Präsenz von Neonazis ruft das Magazin *stern* die Aktion »Mut gegen rechte Gewalt« ins Leben und macht rechte Gewalt zum Titelthema einer Ausgabe. Um Betroffene von rechter Gewalt nicht alleine zu lassen, bekommt die Beratungsstelle Opferperspektive ihre Mittel zur Gründung durch die *stern*-Aktion.

© orangeacid

2002 Mehr und mehr entwickelt sich die Mut-Aussteigerinitiative EXIT zur Adresse für Menschen, die aus der Neonaziszene aussteigen wollen. Durch Spenden kann EXIT umfangreiche Angebote für Aussteigerinnen und Aussteiger machen: Familienhilfe, psychische Betreuung oder auch Berufseinstiegsförderung nach dem Ausstieg.

2001 »Aktion Zivilcourage Pirna« kann sich als Verein etablieren. Die Initiative ist in der Sächsischen Schweiz aktiv, die u.a. durch Hegemonie und hohe Gewaltbereitschaft von Neonazis auffällt. Mit Spenden für »Mut gegen rechte Gewalt« wird das Engagement der »Aktion Zivilcourage« unterstützt.

© Yannic Meyer

2006 Um noch mehr Menschen mit einer kritischen Auseinandersetzung zu erreichen, betreut die Redaktion des MUT-Portals auch die Fachwebseite »Rechtsextremismus« der Bundeszentrale für politische Bildung www.bpb.de/Rechtsextremismus, an der viele Fachautorinnen und -autoren beteiligt sind.

2008 »Medien mit Mut« machen die Schülerinnen und Schüler, die sich mit Rassismus und Diskriminierung befassen. Im Rahmen der *stern*-Aktion gibt es bundesweite Workshops für Schülerzeitungen, um sie im Thema Rechtsextremismus fit zu machen. Damit sie weiter so kritisch recherchieren können, vergibt »Mut gegen rechte Gewalt« im Bundesrat zwei Sonderpreise zum Schülerzeitungswettbewerb der Bundesländer.

© Fabian Wichmann

2010 EXIT lebt und hat es geschafft, 391 Neonazis beim Ausstieg zu unterstützen. Mit der Ausstellung »Lebensbilder« werden erstmals Ängste und Sorgen von ehemaligen Rechtsextremisten während des Ausstiegs thematisiert.

2001 Bei »Rock gegen rechte Gewalt« treten Udo Lindenberg, Xaiver Naidoo, Keimzeit, Nena und Nina Hagen zugunsten von »Mut gegen rechte Gewalt« auf. Die große Konzerttour schafft eine breite Öffentlichkeit für das Problem Rechtsextremismus. Auch das Abschlusskonzert der Weltausstellung in Hannover wurde der Mut-Aktion gewidmet.

2003 Die Webseite Mut-gegen-rechte-gewalt.de zur Aktion wird mit Hilfe des Software-Unternehmens SAP ins Leben gerufen. Nun ist es möglich, über Projekte, die sich gegen Neonazis und Rassismus engagieren, kontinuierlich zu berichten und ihre Anliegen in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen. Die Bundesjugendministerin begrüßt die Webseite als wertvollen Baustein im Kampf gegen Rechtsextremismus. Um die Aktion bekannter zu machen startet SAP eine große Anzeigenkampagne für Mut.

2005 Bei der »Laut gegen Nazis«-Tour nutzen Janette Biedermann, Silbermond, Revolverheld und Afrob ihre Berühmtheit, um Rassismus und rechte Gewalt zu problematisieren. Viele junge Menschen fühlen sich durch die Künstlerinnen und Künstler ermutigt.

2007 Eine starke demokratische Jugendkultur ist eine wichtige Prävention gegen die lokale Dominanz rechter Kameradschaften. Gemeinsam mit der Kampagne »Laut gegen Nazis« spielen die Fantastischen 4 im oberfränkischen Wunsiedel sowie der Rapper Smudo, die Adé Bantu Crew und andere in Halle an der Saale.

2009 Joachimsthal feiert: Seit 15 Jahren gibt es dort »BAFF – Bands auf festen Füßen«, ein Musikprojekt für Nachwuchsbands. Ins Leben gerufen wurde BAFF von einer mutigen Pastorin, die sich von der lokalen Neonazi-Szene nicht unterkriegen lässt, sondern jungen Leuten demokratische Alternativen anbietet. Mit Spenden für »Mut gegen rechte Gewalt«, die dann direkt an Projekte gehen, wird diese so wichtige und kontinuierlich arbeitende Initiative unterstützt.

HELFEN SIE INITIATIVEN MIT IHRER SPENDE FÜR MUT GEGEN RECHTE GEWALT
DEUTSCHE BANK
KONTO: 030 331 329
BLZ: 509 700 04

Schluss mit den Sonntagsreden

Seit nunmehr zehn Jahren gibt es die *stern*-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt«. Sie ermutigt zu mehr Zivilcourage und leistet Initiativen unbürokratische Hilfe gegen Rechtsextremismus.

Die Idee, etwas zu tun, kam nach einer Recherche. Im Frühjahr 2000 sind wir losgezogen, um mit Opfern rechtsradikaler Attacken zu sprechen. Wir wollten die Menschen aus ihrer Anonymität holen und mit ihnen gemeinsam einen Appell an die deutschen Politiker formulieren: Schluss mit den Sonntagsreden, seid endlich konsequent gegen Neonazis. So waren wir auch in Dessau, wo am Pfingstmontag 1999 Alberto Adriano aus Mozambique von drei besoffenen jungen deutschen Männern, die Heil Hitler brüllten, angegriffen und schwer verletzt wurde. Drei Tage später war Adriano tot. Wir standen unter einer deutschen Eiche im Stadtpark zu Dessau, dort wo sie Alberto Adriano zu Boden getreten hatten. Ein paar Blumen lagen da. Es schien ein Fall wie jeder andere: wieder ein rassistischer Mord in Deutschland, der 90., der 100., der 138. seit der Wiedervereinigung. Wer weiß es schon. Immer wieder hatten wir über rechtsradikale Attacken berichtet, immer wieder ihren Verlauf beschrieben, immer wieder unsere Ohnmacht gespürt. Und immer wieder erfolgreich versucht, das Geschehene nicht an uns heranzulassen. Nüchtern zu bleiben, distanziert. Wie es sich gehört für Reporter.

Diesmal war es anders.
Wir baten die *stern*-Leser, Geld zu spenden für Opfer rechter Angriffe. Als die ersten 100.000 Mark zusammen waren, rief ein Unternehmer an. Er würde gern mehr tun, der Familie einen Rechtsanwalt bezahlen, zum Beispiel. Und plötzlich war da eine Idee: Was wäre, wenn wir von uns aus Unternehmer bitten, Geld zu spenden? Arbeitsplätze zu schaffen im Kampf gegen rechts? Dauerhaft und effektiv? Wir fragten Anetta Kahane und Bernd Wagner von der Amadeu Antonio Stiftung in Berlin, Profis gegen Rechtsradikalismus, was sie tun würden, wenn ihnen mehr Geld zur Verfügung stünde.

Kein professionelles Fundraising
Daraufhin riefen wir jeden Unternehmer an, den wir kannten. Erwischten sie über Handy in Ferienclubs in Griechenland oder auf Parties in Berlin. Keine Mailings, keine lang angelegten Prologe, kein professionelles Fundraising: bald waren 800.000 Mark zusammen, von der Deutschen Bank und Brainpool, Gruner und Jahr und Bertelsmann, SAP und Finanzdienstleistern. Als der *stern* dann Ende August 2000 mit der Aktion an die Öffentlichkeit ging, reihten sich die nächsten Unterstützer ein. *stern*-Leser schickten Schecks, ein Plattenlabel bot an, eine Benefiz-CD zu produzieren, Theaterleute meldeten sich, Sportler, Schüler, Lehrer. Vanessa Jopp, Deutschlands beste Nachwuchsregisseurin, spendete einen Teil ihres Preisgelds und schrieb: »Ich bin richtig froh über die Aktion. Uns gehen die Nazis auf den Geist, aber keiner kriegt den Hintern hoch, etwas zu tun.«

Plattform und Bürgerinitiative
Wir hatten mit der Aktion eine Plattform geschaffen. Aus der Idee wuchs eine Bürgerinitiative. Es folgte eine HipHop-Tournee durch ostdeutsche Jugendzentren und die Rock gegen rechte Gewalt-Tournee von Udo Lindenberg und seinen Freunden. Vor und nach den Konzerten besuchten die Künstler Jugendinitiativen, auf der Bühne wurden die früheren Schmuddelkinder gefeiert wie Popstars. So kamen Menschen zusammen, die sonst nichts miteinander zu tun haben. Popstars und Staatsanwälte, Punker und Richter, Unternehmer und PR-Strategen. Über die Vergabe der Spendengelder entscheidet ein Beirat aus Stiftungsprofis und *stern*-Redakteuren. Das meiste Geld haben wir bislang EXIT zur Verfügung gestellt. Fast 400.000 Euro. Bernd Wagner hat ein bundesweit beachtetes Modellprojekt gestartet: Er und seine Leute bieten aussteigewilligen Rechtsradikalen Unterstützung an, bisher 391 Menschen. Wagner und seine Kollegen arbeiten an vorderster Front, ihre Arbeit wird von rechtsradikalen Vereinen und Parteien genau verfolgt. EXIT-Mitarbeiter wurden auch schon überfallen, sie machen keinen ungefährlichen Job.
Wir freuen uns, dass wir durch die Aktion die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung bundesweit noch bekannter machen konnten und hoffen auf viele weitere gemeinsame Jahre, engagiert und kritisch, mutig und konsequent.

Von Uli Hauser

Spannung und Vielfalt aushalten

Gibt es in Zeiten der Finanzkrise mehr Menschenfeindlichkeit? Schlägt sich die Frustration in Aggression Bahn? Werden Gefühle der Benachteiligung im politischen Prozess verhandelt? Diese und andere Fragen waren Thema bei den »Weinheimer Gesprächen« 2010, die die Freudenberg Stiftung ausrichtete.

»Die Krise schlägt so durch, dass Kommunen sich auf das Notwendigste beschränken. Gerade bei demokratischer Infrastruktur wird gespart. Doch sie war die Antwort auf den Nationalsozialismus«, sagt Dr. Pia Gerber, Geschäftsführerin der Freudenberg Stiftung, zur Einleitung. In Weinheim fand unter dem Titel »Gleichwertigkeit in Zeiten der Krise. Menschenfeindlichkeit und ihre Gegenkräfte im lokalen Raum« ein jährlicher Wissenschafts-Praxis-Dialog statt. In diesem Jahr fragten sich die Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Kunst und Medien: »Wie entsteht gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Zeiten der Krise und wie begegnet man ihr?«

Von Frustration und Partizipation

»Eine Frustration-Aggression-Hypothese liegt nahe, reicht aber zur Erklärung nicht aus«, erklärt Prof. Dr. Andreas Zick vom Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. Die individuelle Unzufriedenheit benötige einen kollektiven Rahmen. Das Gefühl der Unterdrückung des »kleinen Mannes« kann zu krisenbezogener Ungleichwertigkeit führen und muss im politischen Raum verhandelt werden. Wenn dies nicht der Fall ist, so kann es sich im gesellschaftlichen Bereich entladen. Doch nach den Heitmeyer'schen Studien ist hier die Bereitschaft zur Partizipation gering.

Der Teufel steckt im Detail

Wie lässt sich der Teil der Bevölkerung, der sich bereits zurückgezogen hat, wieder demokratisch einbinden? Die »Weinheimer Gespräche« haben auf diese Frage kein allgemeingültiges Rezept gefunden. Das war auch nicht das Ziel. Wichtiger war es, über Handlungsmöglichkeiten zu diskutieren: »Wie wird man der Komplexität im lokalen Raum gerecht?« Wahrscheinlich selten. Doch einige Beispiele für gute Praxis gibt es.

»Ein neuer Gesellschaftsvertrag«

Nach der Verbrennung des Tagebuchs von Anne Frank auf einem Dorffest im sachsen-anhaltinischen Pretzien war der Schock groß – und natürlich waren das nicht nur perspektivlose Jugendliche. »Wir sind genau in den völkischen Diskurs hineingegangen«, erklärt Bernd Wagner vom ZDK – Gesellschaft für demokratische Kultur. Nach drei Jahren kontinuierlicher Arbeit zeigen sich Erfolge. Mit einer Geschichtswerkstatt zur Regionalgeschichte fand das ZDK die Verbindung zwischen den Generationen in Pretzien. »Ziel ist ein neuer Gesellschaftsvertrag«, sagt Wagner.

Zum Aufsehen ermutigen

»Die Art und Weise wie ein Prozess gestaltet ist, kann Demokratie lebendig machen«, sagt Benno Plassmann vom Kunsthaus »KuLe« in Berlin. Mit der Gruppe »The Working Party« arbeitet er in verschiedenen Städten in Europa. Im Theaterprojekt geht es um einen offenen Prozess, der ermutigt aufzusehen. Theater bringt Menschen zum Hinschauen – und ermöglicht Selbstwertschätzung. »Wenn man auf der Bühne steht und angeschaut wird, wie man sonst nie angeschaut wird, fühlt man Anerkennung«, so Plassmann. Und selbstverständlich gebe es dabei auch Spannungen. »Ohne Spannung, keine Kunst«, erklärt Plassmann. Um Verhalten in Reaktion auf Spannung und Andersartigkeit geht es – vor allem in einer demokratischen Gesellschaft.

Von Nora Winter

WAS KANN JEDER GEGEN NAZIS IM NETZ TUN?

- **Durch eigene Stellungnahmen aktiv gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit Position beziehen**
- **Nazis in Foren und Chats argumentativ widerlegen und sie dadurch in die Schranken weisen**
- **Nazi-Seiten prüfen lassen, beispielsweise von jugendschutz.net**
- **Die Betreiber um die Sperrung rechtsextremer Internetseiten, Einträge und Profile bitten**
- **Rechtsextreme Websites und Inhalte polizeilich anzeigen, auch online unter polizei.de**

© The Working Party

Neulich im Netz

»Binnen einer Woche sind unserer Gruppe über 200.000 Menschen beigetreten«, schreiben Engagierte in einem offenen Brief ans Unternehmen Facebook. Im Mai gründeten Userinnen und User die Gruppe »Kein Facebook für Nazis – NPD Seite löschen!« Ihre Forderung: Löschen Sie die NPD-Seite. Wie in der realen Welt tummeln sich auch im Internet Neonazis. Es gibt Foren, Chatcommunities und eben Fanseiten in Social Networks. Um zu zeigen, wie viele Menschen die NPD nicht bei Facebook akzeptieren, luden alle Unterstützer ein Profilfoto mit einer Kerze und dem Slogan: »Kein Facebook für Nazis« hoch:

DIE DIGITALE LICHTERKETTE.

cc escapetowisconsin

Die Amadeu Antonio Stiftung fördert ...

... die Broschüre »Stalin hat uns das Herz gebrochen...« der Naturfreundejugend Berlin, weil sie umfangreich und klar gegliedert über den Antisemitismus in der DDR aufklärt. Die Broschüre ist Ergebnis einer Vweranstaltungsreihe, die sich mit stalinistischer Verfolgung in der DDR, die antisemitische Muster bediente, beschäftigte.

cc karen horton

Rassismus in Sachsen

Rassismus hat unterschiedliche Erscheinungsformen – auch jenseits organisierter Neonazistrukturen. Die Amadeu Antonio Stiftung fördert Projekte, die aufzeigen, wie präsent Alltags- und institutioneller Rassismus in Sachsen sind und was dagegen unternommen werden kann.

Am Chemnitzer Bahnhof werden gezielt »ausländisch« aussehende Personen kontrolliert, doch kaum jemand wundert sich darüber: »Staatliches und zivilgesellschaftliches Augenmerk richten sich vor allem auf die Bedrohung durch Neonazis«, sagt Sotiria Midelia vom Antidiskriminierungsbüro Sachsen (ADB). »Alltagsrassismus in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt oder in Behörden ist zu selten Thema.« In der neuen Broschüre des ADB »Rassismus in Sachsen« beleuchtet Expertise aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen das Problem.

Die Anderen müssen sich integrieren

»Charakteristisch an der hiesigen Integrationspraxis ist die Orientierung an nationalen Normen und Werten«, schreibt die Gruppe LExil in ihrem Beitrag. Dabei fehle aber stets die Frage nach Ursprung und Entwicklung dieser Normen. Die »Anderen« müssen sich nach Auffassung Vieler anpassen und sich für eine misslungene Integration rechtfertigen. Die vermeintlichen »Mehrheitsdeutschen« müssen ihre Position nicht hinterfragen und ihr Handeln nicht rechtfertigen.
Dass Integration nicht nur Aufgabe der Migrantinnen und Migranten sein kann, zeigte auch eine vom Netzwerk »Tolerantes Sachsen« organisierte und von der Amadeu Antonio Stiftung geförderte Tagung. Mit rund 60 Teilnehmenden wurde Anfang Juni in Leipzig über die Situation in Sachsen diskutiert, in der es an gleichberechtigter Teilhabe mangelt. »Partizipation und Integration hängen direkt zusammen. Möglichkeiten der politischen Teilhabe haben nichts mit humanitärer Hilfe zu tun; sie sind Bedingung für eine aktive, funktionierende Demokratiegestaltung«, so Anja Treichel vom Verband binationaler Familien und Partnerschaften.

cc Julian Turner

Rassistischer Tenor im Freistaat Sachsen

Auch das ADB kommt in seiner Broschüre zu einem vernichtenden Urteil: »Alles ist in Sachsen unterentwickelt«. Ein Mitarbeiter des Innenministeriums bestätigte dies prompt. Bei einer öffentlichen Veranstaltung sprach Martin Strunden vor kurzem davon, man müsse zwischen »beherrschbaren und nicht beherrschbaren Ausländern« unterscheiden. In letztere Kategorie fielen vor allem Asylsuchende und Muslime. Es bleibt viel zu tun. Wie viel – darüber gibt die Broschüre einen sehr guten Überblick. Wer sich grundsätzlich mit dem Thema Rassismus beschäftigen möchte, sollte sie lesen. Aber vor allem auch diejenigen, die meinen, Rassismus habe nur »was mit Nazis« zu tun.

Von Nora Winter und Lisa Doppler

Die Amadeu Antonio Stiftung fördert ...

... das Netzwerk für Demokratie und Courage im Saarland, weil es für Pädagoginnen und Pädagogen in Schulen, Vereinen und Jugendzentren Weiterbildungen anbietet, die im Umgang mit neonazistischer Ideologie und rechtsextremen Jugendlichen helfen.

© NDC Saar

... das Projekt »AufAndHalt«, weil es kontinuierlich über die Entwicklungen der Neonaziszene in Thüringen informiert und Betroffene von rassistischer Gewalt unterstützt. Dabei arbeitet es mit anderen wichtigen Projekten zusammen und wirkt so nicht nur punktuell, sondern thüringenweit.

AUFANDHALT
NETZ – VON BETROFFENEN RECHTSEXTREMER GEWALT UND RASSISTISCHER DISKRIMINIERUNG
www.aufandhalt.de

Ausgeblendet? – Der Holocaust in Film und Literatur der DDR

»Wofür die Antifaschisten kämpften, ist in der DDR Wirklichkeit«, prangte 1960 von einem Propagandaplakat der »Nationalen Front«. Umrandet wurde die Parole vom DDR-Staatswappen und dem Abbild des Buchenwald-Mahnmals, das die angebliche Selbstbefreiung des KZ Buchenwald durch kommunistische Häftlinge darstellt. Das Plakat symbolisiert beispielhaft, was die DDR mit ihrer Selbstbezeichnung »antifaschistischer Staat« meinte. Wie Plakat und Figurengruppe von Fritz Cremer, bot auch der staatstragende Antifaschismus kaum Raum für die Thematisierung der Vernichtung der europäischen Juden. Doch wenn es um die Auseinandersetzung mit dem Holocaust in der DDR geht, wurde und wird immer wieder auf den DDR-Kulturbetrieb verwiesen, insbesondere auf die Bereiche Film und Literatur. In wohl kaum einem anderen Staat wurden binnen kürzester Zeit so viele literarische und filmische Werke veröffentlicht, die sich dem antifaschistischen Genre verpflichtet sahen. Deren Auseinandersetzung mit der Judenvernichtung gilt vielen noch heute als vorbildlich.

Darstellung der nationalsozialistischen Judenvernichtung

Wie in künstlerischen Werken der DDR die Vernichtung der europäischen Juden thematisiert und dargestellt wurde, ist nun Gegenstand des Projekts »Ausgeblendet?« der Amadeu Antonio Stiftung. In der mehrteiligen Veranstaltungsreihe, die in verschiedenen Städten stattfindet, wird sich mit einzelnen Aspekten der antifaschistischen Kultur der DDR anhand konkreter Werke auseinandergesetzt. Wie sah diese Ausblendung aus? Welche Gründe lassen sich dafür ausmachen? Wie wurde die nationalsozialistische Judenvernichtung in der DDR-Kultur über die Jahrzehnte dargestellt? Diese und andere Fragen werden in der Veranstaltungsreihe mit unterschiedlichen Referentinnen und Referenten diskutiert.

Hintergrundmaterial zum Kulturbetrieb

Neben den Diskussionen beinhaltet das Projekt die Erstellung von Bildungsmaterial. Aus der Menge an vorhandender Literatur und Filmen des antifaschistischen Genres werden paradigmatische Werke ausgewählt, die mit Hintergrundmaterial zur Geschichte der DDR und ihrem Kulturbetrieb Bildungsträgern die Möglichkeit geben, Jugendlichen mit Hilfe von Literatur und Filmen aus der DDR einen wesentlichen Aspekt des DDR-Selbstverständnisses vom antifaschistischen Staat näher zu bringen und sie in die Lage zu versetzen sich mit diesem »verordneten Antifaschismus« kritisch auseinanderzusetzen. Das Projekt läuft bis Ende 2010 und wird aus Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der DEFA-Stiftung und Eigenmitteln der Amadeu Antonio Stiftung gefördert.
Mehr zum Thema Antisemitismus in der DDR gibt es im neu erschienen Buch zur Ausstellung »Das hat's bei uns nicht gegeben! Antisemitismus in der DDR«, der bei der Stiftung bestellt werden kann.

Von Konstanze Ameer und Jan Riebe
Fotos: DEFA Stiftung, Plakat: DHM Berlin

IMPRESSUM

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung,
Linienstraße 139, 10115 Berlin
Redaktion: Sarah Schulz, Sebastian Heidebrecht
Mitarbeit: Andrés Nader, Thomas Olsen, Anetta Kahane (V.i.S.d.P.), Heike Radvan, Simone Rafael, Timo Reinfrank, Lisa Doppler, Konstanze Ameer, Jan Riebe und Joachim Wolf
Gestaltung: Design, Berlin
Druck: Ratzlow Druck, Berlin
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem FSC-Papier
© Amadeu Antonio Stiftung, September 2010

»Wenn ich andere zu Courage auffordere, dann gilt das auch für mich«

Am 1. Mai 2010 wollten 600 Neonazis in Berlin Prenzlauer Berg demonstrieren. Doch aufgrund der Proteste von 10.000 Bürgerinnen und Bürgern kamen sie nur einige Hundert Meter weit und mussten umkehren. Selbst auf diesen wenigen Metern trafen die Neonazis auf Protest: Bundestagsvizepräsident und Schirmherr der Amadeu Antonio Stiftung, Wolfgang Thierse, der Bezirksbürgermeister von Berlin-Pankow, Matthias Köhne, und der Berliner Integrationsbeauftragte, Günter Piening, setzten sich den Neonazis in den Weg. Die Amadeu Antonio Stiftung sprach mit Wolfgang Thierse über Sitzblockaden, die bereits am 13. Februar in Dresden den traditionell größten deutschen Neonaziaufmarsch verhinderten. Anfangs hat der Bundestagsvizepräsident viel Kritik für sein Engagement geerntet. Mittlerweile hat das Beispiel jedoch Schule gemacht, viele Landes- und Kommunalpolitiker sowie Bürgerinnen und Bürger setzen sich auf die Straße und wollen so verhindern, dass die Neonazis ungestört durch ihre Straßen und Städte laufen können.

Am 1. Mai haben Sie sich mit anderen Politikern den Neonazis auf der Bornholmer Straße in den Weg gesetzt. Warum haben Sie das getan?
Ich wollte ein Zeichen setzen, dass wir als Bürgerinnen und Bürger eine Neonazidemonstration nicht schweigend hinnehmen werden.

Wie sind Sie damit umgegangen, als die Polizei Sie aufforderte zu gehen?
Es war ja keine strategisch geplante, sondern eine spontane Aktion. Wir liefen mit Zustimmung der Polizei mit Plakaten »Berlin gegen Nazis« vor dem Aufmarsch auf der Straße. Die Polizei forderte uns dann auf, die Straße zu verlassen. Ich hätte es falsch gefunden, mich einfach in die Büsche zu schlagen. Wenn ich andere zu Courage auffordere, dann gilt das auch für mich. Wort und Tat müssen übereinstimmen.

Finden Sie, dass Ihr Amt als Bundestagsvizepräsident einer Blockade bei einer Neonazidemonstration im Wege steht?
Nein. Ich habe die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger auch. Ich bin in staatsbürgerlicher Hinsicht weder über- noch unterprivilegiert.

Sollten sich Parlamentarierinnen und Parlamentarier öfter an Gegenprotesten beteiligen?
Ich habe niemand anderes aufzufordern. Aber man muss sich an seine eigenen Worte halten. Ich habe mit vielen anderen zusammen den Blockadeaufruf unterschrieben. So gelten die Konsequenzen auch für mich.

Die Unterstützung aus der eigenen Partei kam etwas spät. Vielmehr hörte man Kritik. Hat Sie das enttäuscht?
Es gab namentlich zwei, die mich öffentlich nicht nur kritisiert, sondern sogar beschimpft haben. Ihre Angriffe fanden ein scharfes Echo in der SPD. Klaus Wowereit hat dann mehrmals bei öffentlichen Auftritten für mich Partei ergriffen.

Würden Sie es wieder tun?
Das kommt auf die Situation an. Es gibt einen Konflikt zwischen dem Demonstrationsrecht einer rechtsextremen Partei und dem Demonstrationsrecht der Bürgerinnen und Bürgern, die diese rechtsextreme Partei ablehnen. In diesem Konflikt muss man sich immer wieder neu entscheiden.

Das Interview führte Nora Winter

© Simone Rafael

Ihre Spende kommt an!
Seit zwölf Jahren ist die Amadeu Antonio Stiftung aktiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Dabei unterstützen wir demokratische Initiativen und fördern zivilgesellschaftliches Engagement. Viele große und kleine Erfolge können wir schon verbuchen. Damit wir auch weiterhin wichtige Projekte fördern können, brauchen wir Ihre Unterstützung. Schon mit einer kleinen Spende können wir viel erreichen!
Spendenkonto der Amadeu Antonio Stiftung:
Deutsche Bank Bensheim, BLZ 50970004, Konto 030331300